

Volkszeitung

Nr. 40.

Erscheint 3mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellenbesuche 50%, Angebote 25% Rabatt, Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109, Hof, Tel. 36-90
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat April beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

Sieg in Deutschland!

Der große Kampf um die Reichspräsidentenschaft ist, wie vorauszusehen war, am Sonntag noch nicht entschieden worden. Und doch war dieser erste Wahltag ein Tag von geschichtlicher Bedeutung. Drei Tatsachen vor allem geben diesem Tage seine Bedeutung:

- erstens der über alles Erwarten große Sieg der Sozialdemokratie;
- zweitens die vollständige Niederlage der Hakenkreuzler;
- drittens die unzweifelhafte Mehrheit des republikanischen Blocks.

Der Sieg der Sozialdemokratie! Die deutsch-nationale Maffia hat den Wahlkampf in ihrer Art vorbereitet: wochenlang hat sie die ganze Öffentlichkeit unter dem Eindruck der mit allen Tücken eines parteipolitischen Sensationsprozesses geführten Untersuchung des Bartmat-Standals beschäftigt. Der ganze Verleumdungsfeldzug ist wirkungslos geblieben. Man sehe die Zahlen! Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 hat die Sozialdemokratie 6 014 372 Stimmen bekommen. Bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 aber 7 859 433 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat vom Mai bis zum Dezember mehr als 1 800 000 Stimmen gewonnen. Und jetzt? Bei der Präsidentenwahl am Sonntag war die Wahlbeteiligung viel schwächer als bei den Reichstagswahlen. Alle Parteien haben daher am Sonntag weniger Stimmen bekommen als am 7. Dezember. Aber die kleinste Einbuße unter allen Parteien hat die Sozialdemokratie! Mit 7 785 678 Stimmen hat diese Partei ihre Stimmenzahl vom 7. Dezember beinahe restlos behauptet. Die 1 800 000 Männer und Frauen, die sie im vorigen Jahre zugewonnen hat, sind nicht wieder wandend geworden. Diese 7 785 678 deutschen Männer und Frauen — das ist ein eherner Block, von dem nichts mehr abzusplintern ist!

Mit dieser stolzen Selbstbehauptung der deutschen Sozialdemokratie vergleiche man den jämmerlichen Zusammenbruch der Hakenkreuzler. Denn daß der vorübergehende Aufstieg der Putschistenpartei nichts anderes war als die Folge der Verzweiflung, die sich unter dem Druck der entsetzlichen Geldentwertung, die die Geschichte je gesehen hat, der Massen bemächtigt hatte; daß das Kartenhaus dieser Partei zusammenbricht, sobald nur die deutsche Volkswirtschaft wieder in leidlich normale Bahnen geraten ist, das ist nunmehr zahlenmäßig bewiesen. Die Hakenkreuzler hatten im Mai 1924 1 924 018 Stimmen, im Dezember noch 901 601 Stimmen, am Sonntag nur noch 284 472 Stimmen — nur noch den Bettel von 284 472 Stimmen für die Hitler-Beute, die noch im November 1923 ihre Diktatur über Deutschland proklamieren wollten!

Und dieser beispiellose Zusammenbruch der „Nationalsozialisten“ ist zugleich eine schmachliche persönliche Niederlage Ludendorffs! Der bluttriefende General, der in der Kriegszeit das deutsche Volk als allmächtiger Diktator beherrscht hat; der schamlose Verbrecher, der die Dolchstoßlegende erfunden hat, um die Verantwortung für seine Niederlage den armen, zerlumpten, verhungerten

Korruption ohne Ende.

Ungeheure Unterschlagungen in der Marine. — Verhaftung des Kommodore.

Die Korruption greift in Polen derart um sich, daß man sich fragen muß, wohin uns das führen soll. Die Regierung ist ja wohl bestrebt, die Schuldigen zu fassen, doch ist die Taktik, die dabei eingeschlagen wird, verkehrt. Man begnügt sich damit, daß man die Verbrecher verhaftet und dann die ganze Affäre in ein Geheimnis hüllt, das zu durchdringen keine leichte Aufgabe ist. Was dann mit den Betrügern geschieht, entzieht sich gewöhnlich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Es liegt uns fern, hierbei irgend einen Verdacht auszusprechen, doch denken kann sich die Öffentlichkeit bei dieser Verdunkelungstaktik allerhand.

Noch ist die Affäre Emil Landsberger nicht zu Ende geführt, noch ist die große Unterschlagung in der Intendantur in Grodno nicht aufgeklärt und schon wieder wird die Öffentlichkeit durch eine neue Korruptionsaffäre überrascht. Es handelt sich in diesem Falle um eine ungeheure Unterschlagung in der jungen polnischen Marine.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist der Kommodore der polnischen Kriegsflotte, Bartoszewicz-Stachowski, verhaftet worden. Die Verhaftung ist auf Grund einer Untersuchung erfolgt, die große Unterschlagungen sowie Bestechungsangelegenheiten an das Tageslicht förderte. Obwohl die Einzelheiten dieser Korruptionsaffäre noch geheim gehalten werden, so ist doch schon durchgesickert, daß an den „Geschäften“ auch eine Warschauer Bank teilnahm.

Der Kommodore Bartoszewicz-Stachowski war in Warschauer Restaurationen ein sehr gern gesehener Gast, denn Geld spielte bei ihm keine Rolle. Er führte ein luxuriöses Leben, hielt sich eine große Dienerschaft und veranstaltete in seiner Warschauer Wohnung fast jeden Abend große Empfänge, wobei Cham-

pagner in Strömen geflossen sein soll. Seinen Kameraden, die sich über sein ausschweifendes Leben wunderten, antwortete der Kommodore, daß er von dem Erlös für Brillanten lebe, die er aus Rußland mitgebracht habe.

Auf die Spur dieses Defraudanten ist man erst gekommen, als die Polizei sich wunderte, daß der Herr Kommodore so oft seine sowie die Personalangaben seiner Frau im Hausbuche änderte. Einmal waren sie aus Belgien, das anderemal aus Rußland zugereist.

Daß man erst auf diese Weise gegen den Kommodore Verdacht schöpfte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in der Marine. Die Glossen, die sich gewisse polnische Zeitungen über die junge Marine leisteten, erregten viel böses Blut. Man verglich die Zahl der polnischen Admirale mit der der englischen Flotte und kam zu dem Schluß, daß der polnische Staat, der eine ungeheure Wirtschaftskrise durchmacht, viel zu viel Admirale aushalten muß. Hatte man sich nun einmal für soviel Admirale entschieden, so dürfte zumindestens angenommen werden, daß in der Marine Ordnung herrschen würde. Doch weit gefehlt! Obwohl die Herren Admirale nichts zu tun haben, vergaßen sie auch das Wenige, nämlich sich gegenseitig auf die Finger zu gucken.

Man lebte fröhlich in den Tag hinein! Immer nach der Parole: Ach, wie ist es schön Admiral zu sein!

Bartoszewicz-Stachowski ist nun hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Die Bürger, die die Steuern bezahlen, haben ein Recht zu fordern, daß die Regierung ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit tut. Es muß ein Exempel statuiert werden! Es geht nicht an, daß wir uns selbst Betrüger und Diebe großzüchten!

Soldaten zuzuschieben, die sein Wahnsinn in einer Zeit, in der der Krieg längst verloren war, immer wieder gegen eine ungeheure Uebermacht an Zahl und an Ausrüstung in den Tod getrieben hatte; dieses Haupt aller Verschwürungen des gestürzten preußischen Militarismus; dieser Mann, der noch vor anderthalb Jahren die Militärdiktatur über Deutschland an sich reißen zu können glaubte, der hat in ganz Deutschland nur noch 284 472 Stimmen bekommen, nicht einmal ein Hundertstel der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen! Nicht mehr als die Stimmen eines Teiles der abgebauten Berufsoffiziere! Diese schmachliche Niederlage des Allgewaltigen des Weltkrieges, dieses sein politisches Ende — das wird in der ganzen Welt den stärksten Eindruck machen. Denn es beweist, wie sich das deutsche Volk von dem Uberglauben an die Götzen des Militarismus befreit!

Gewiß, man darf die immer noch erschreckend große Macht der deutschen Reaktion deshalb nicht unterschätzen. Daß Jarres, der Mann der Parteien, deren Geist das Deutsche Reich in den Krieg gehetzt, das deutsche Volk in die furchtbarste Niederlage geführt hat, der Mann der preußischen Junker und der rheinischen Schwerindustrie, der Mann der Leute, deren Herz bei der Monarchie ist und deren Berstand sich nur auf Kündigung mit der Re-

publik „abgefunden“ hat, immer noch 10 387 423 Stimmen bekommen konnte, zeigt zur Genüge, wie stark die Macht der Vergangenheit in Deutschland noch ist. Aber daß die Mehrheit des deutschen Volkes gegen diese Macht der Vergangenheit streitet, die Mehrheit des deutschen Volkes fest zur Republik steht, hat der große Wahltag trotzdem bewiesen. Die drei republikanischen Parteien — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum — haben zusammen 13 184 490 Stimmen bekommen gegen die 10 387 423 Stimmen des Herrn Jarres! Rechnet man den Republikanern die Kommunisten, den Jarres-Stimmen die Hakenkreuzler und die Stimmen der Bayerischen Volkspartei zu, so stehen im deutschen Volke 15 054 123 entschlossener Republikaner 11 674 173 offenen und verkappten Monarchisten gegenüber. Die Zahlen zeugen immer noch von einer Kraft des Monarchismus, die davor warnt, die Gefahr zu unterschätzen; aber sie zeigen doch eine entschiedene, entschlossene Mehrheit für die Republik!

So zeugt dieses Wahlergebnis für die fortschreitende Konsolidierung der deutschen Republik. Dafür zeugt die unzweifelhafte republikanische Mehrheit, dafür der Zusammenbruch der putschistischen Abenteuerparteien links und rechts. Und daß diese Republik nicht ewig die Republik der Bourgeoisie bleiben wird, dafür

bürgt uns die Kraft, die die Sozialdemokratie an diesem Wahltag wieder erwiesen hat!

Nach der Weimarer Verfassung wird zwar am ersten Wahltag nur gewählt, wer die absolute Mehrheit der Stimmen bekommt, und die hat am Sonntag niemand bekommen; im zweiten Wahlgang aber wird gewählt, wer die relative Mehrheit der Stimmen bekommt, das heißt: wer die meisten Stimmen bekommt, auch wenn es nicht mehr als die Hälfte der Stimmen ist. Nun hat Jarres vor Otto Braun einen bedeutenden Vorsprung; ginge die Sozialdemokratie auch in den zweiten Wahlgang selbständig, wie sie in den ersten gegangen ist, dann würde Jarres gewählt werden. Deshalb wird sich die deutsche Sozialdemokratie nunmehr mit den anderen republikanischen Parteien auf einen gemeinsamen Wahlwerber für den zweiten Wahlgang einigen müssen, um die Wahl Jarres' zu verhindern. Im ersten Wahlgang kam es darauf an, die selbständige Kraft der Sozialdemokratie zu beweisen; im zweiten Wahlgang wird es darauf ankommen, durch gemeinsames Vorgehen der Republikaner die Wahl des Kandidaten der kapitalistisch-monarchistischen Reaktion zu verhindern, einen Vertrauensmann der Republikaner aller Parteien zum Führer der deutschen Republik zu bestellen.

A. W.

Meuchelmord!

Der feige Meuchelmord an Baginski und Wiczorkiewicz hat einen Schrei der Empörung und den tiefsten Abscheu von den Lippen aller losgelöst, die noch nicht aufgehört haben, in der „freien“ polnischen Republik Mensch zu sein. Ein irregeleiteter, verheßter „Sicherheitsbeamter“ hat die grausige Tat begangen. Und wie Hohn klingt es, daß er es noch wagt, sich dieses schändlichen Meuchelmordes an zwei Wehrlose zu rühmen. Er wollte das Vaterland retten! Wodurch? Durch den Meuchelmord an Baginski und Wiczorkiewicz?

War das Vaterland wirklich in Gefahr? Es ist geradezu skandalös, wie eine gewisse Pressemafia den Mörder zum Helden stempeln will, wie sie sich krampfhaft bemüht, dem feigen Morde „patriotische“ Beweggründe zu unterchieben, um auf diese Weise zu beweisen, daß der Austausch von Baginski und Wiczorkiewicz dem Prestige Polens Abbruch getan hätte.

Es liegt uns fern, uns mit diesen blutdürstigen Schreiberseelen über Begriffe Prestige oder Menschentum zu streiten. Was uns interessiert, das ist die Atmosphäre, in der entmenschte Subjekte von der Art des Polizisten Muraszko gedeihen konnten, sowie die Folgen, die diese grausige Tat notwendiger Weise nach sich ziehen muß.

Die Vorgeschichte der Verurteilung Baginskis und Wiczorkiewicz' ist bekannt. Beide waren als aktive Offiziere angeklagt, terroristische Akte gegen den polnischen Staat geleitet zu haben. Der Prozeß, obwohl er sehr lange dauerte, konnte nicht alle Geheimnisse lüften. Der Staatsanwalt suchte nachzuweisen, daß die beiden Offiziere in Verbindung mit Sowjetrußland standen. Die Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Erst später ist die Todesstrafe in langjährige Gefängnishaft verwandelt worden.

Baginski und Wiczorkiewicz hätten ihre Strafe abgeessen und über die ganze Affäre wäre mit der Zeit Gras gewachsen, wenn nicht Moskau eingegriffen hätte. Die sowjetrußische Regierung machte nämlich den Vorschlag, die verurteilten Offiziere auf Grund eines früheren Abkommens gegen polnische Häftlinge in Sowjetrußland auszutauschen. Mit dem Bekanntwerden dieses Vorschlages setzte die nationalistische Hege gegen die Verurteilten sowie die Regierung ein. Nur nach langem Ueberlegen konnte sich die Warschauer Regierung für den Moskauer Vorschlag entschließen. Trotzdem die Regierung darauf hinwies, daß für die zwei verurteilten Offiziere gegen fünfzehn zum Tode verurteilten polnischen Staatsbürger eingetauscht werden sollten, ließ die Presseleute nicht ab. Heß- und Schmähartikel folgten in bunter Reihe. Ebenso wie seinerzeit in Deutschland, wo mordlustiges nationalistisches Gesindel Erzberger und Rathenau, wie der Fackeldruck der Mordbuben lautete, tülten, ist in Muraszko

der Gedanke gereift, durch den feigen Mord das Vaterland vor zwei Verbrechern zu erlösen. Beim Fall Muraszko ist jedoch noch zu bedenken, daß er Polizist ist. Wenn man diesen Umstand in Betracht zieht, und dies muß getan werden, so wird man unwillkürlich an die Ermordung proletarischer Führer in Deutschland erinnert, die alle auf der „Flucht“ erschossen wurden. Muraszko machte es sich bloß noch einfacher. Das „Echo Warszawskie“, das die Enthüllung des Geheimnisses, das unsre Behörden mit Baginski und Wiczorkiewicz verband, fordert, schreibt wörtlich: „Gleichzeitig muß Aufklärung über die Zustände in der Polizei erfolgen. Wie war es möglich, daß ein Polizist solch eine Tat wagen konnte? Er erhob die Hand gegen eine Entscheidung der Regierung! Was soll das alles heißen?“

Die Folgen, die dieser Meuchelmord für die polnische Außenpolitik nach sich ziehen wird, sind unabsehbar. Schon heute kann gesagt werden, daß die Sowjets die Ermordung nicht so ohne weiteres hinnehmen werden. Die für Moskau, Leningrad und andere Städte angekündigten polenfeindlichen Demonstrationen werden den Zündstoff nur noch vermehren.

Durch die Ermordung der beiden wehrlosen Offiziere hat sich Polen vor aller Welt kompromittiert. Man wird im Auslande die Ermordung als Beweis ansehen, daß Polen sich auf seine Ausführungsorgane nicht verlassen kann, die aus irgend welchen Beweggründen heraus, Entscheidungen fällen, die die Entscheidungen der Regierung auf den Kopf stellen.

Die P. P. S. und „Wyzwolenie“ verurteilen in einem Antrage den Mord sowie die Praktiken der Grenzpolizei. Es heißt in dem Antrage u. a.: „Der Mord, der in seinem Schrecken und Bedeutung vereinzelt dasteht, ist leider ein Glied in der Kette der zahlreichen Morde, Verbrechen und Willkürakte von Seiten der Verwaltungsbehörden, vor allen Dingen der Grenzpolizei.“

Im Zusammenhang damit wird in dem Antrage der Rücktritt des Innenministers Ratajski sowie des Referenten für die Grenzgebiete Smoltski gefordert.

Der Sowjetrußische Protest.

Das Kommissariat für Fragen der Außenpolitik hat der polnischen diplomatischen Mission in Moskau einen äußerst scharfen Protest wegen der Ermordung Baginskis und Wiczorkiewicz' zugestellt. Darin wird der Austausch der vorgesehenen 15 polnischen Staatsbürger abgelehnt.

In Leningrad, Moskau und Kiew kam es zu gewaltigen polenfeindlichen Demonstrationen. Es mußten größere Truppenteile zusammengezogen werden, um die Gebäude der polnischen diplomatischen Missionen vor den demonstrierenden Massen zu schützen.

Die sowjetrußische Presse fordert von der Regierung, die Ergreifung energischer Schritte gegen Polen.

Die Leichen werden den Frauen nicht ausgeliefert

Die Frauen der ermordeten Offiziere begaben sich nach Stalbe und wandten sich an die Behörden, man möchte ihnen die Leichen ihrer Männer ausliefern, damit sie diese beerdigen könnten. Die Behörden lehnten die Bitte der Frauen ab, da die Offiziere noch als Häftlinge ermordet wurden. Das Recht der Beerdigung stehe daher den Gefängnisbehörden zu.

Truppenkonzentration an der bessarabischen Grenze.

Wie von der russischen Grenze gemeldet wird, werden beträchtliche russische Truppenmengen an der bessarabischen Grenze zusammengezogen. Die Ukraine-Bauern erhielten Befehl, längs der Grenze Schützengräben aufzubauen.

Die Juden für die Sejmauflösung.

Im letzten Augenblick hat der jüdische Sejmklub beschlossen, den Antrag der „Wyzwolenie“ auf Auflösung des Sejms zu unterstützen. Die Stellungnahme der anderen Klubs ist unbekannt. Man nimmt an, daß die Dringlichkeit des Antrages angenommen, er selbst aber an die Kommission geschickt wird.

Das Konkordat.

Die „Rzeczpospolita“, das Organ der Chadecja, bringt in ihrer Dienstagnummer die 110 Namen der Abgeordneten, die gegen das Konkordat gestimmt haben. Der Zweck der Veröffentlichung dieser Liste ist, auf diese Abgeordneten vor der dritten und endgültigen Abstimmung einen Druck auszuüben. Wir glauben, daß die „Rzeczpospolita“ durch diese Veröffentlichung das Gegenteil von dem erzielt, was sie erzielen will — die Abgeordneten zu terrorisieren. Das Volk wird aus der Liste ersehen, welche Abgeordneten für die Freimachung Polens von den Einflüssen Roms eingetreten sind.

Der Senat als Hemmschuh.

Gegenwärtig beschäftigt sich der Sejm mit den von der Regierung ausgearbeiteten Baugesetzen, um den Ausbau der Städte im Frühjahr zu ermöglichen. In den Sejmkommissionen ist das Gesetz bereits erledigt worden und kommt heute vor das Plenum. Der Senat hat aber beschlossen, sich mit den Gesetzen erst zum 23. April, also nach den Osterferien, zu beschäftigen. Die diesbezüglichen Interventionen des Vizemarschalls Moraczewski bei Trapczynski blieben ohne Erfolg.

Und da sage noch einer, der Senat wäre nötig.

Die „Chadecja“ will ihre Minderheitenpolitik ändern.

Korfanty will sein Versprechen einlösen.

Am Sonntag berief der Parteirat der „Chadecja“. Ein Kommuniqué wurde darüber nicht herausgegeben. Ein Zeitungsmann wandte sich deshalb an einen der Führer der „Chadecja“ mit der Bitte, ihm zu sagen, worüber seine Partei beraten habe. Der Herr Abgeordnete antwortete: „Viel von unserer Zeit widmeten wir der Minderheitenfrage in Polen. Wir haben beschlossen, den bisherigen Weg der Bekämpfung der Minderheiten zu verlassen und den Weg eines möglichen Zusammenarbeitens mit den Minderheiten zu finden, zu größerem Ruhm der Republik.“

Aus dem Munde eines Abgeordneten der „Chadecja“ klingen diese Worte wie ein Aprilscherz. Ob es nicht auch ein Scherz sein sollte?

Wir wollen abwarten und uns überzeugen.

Beschlüsse der P. P. S.

Eine klare Forderung nach Regelung des Minderheitenproblems.

Am Sonntag und Montag tagte in Warschau der Parteirat der P. P. S. Derselbe faßte eine Reihe bedeutsamer Beschlüsse, von denen wir einige erwähnen wollen.

In Sachen des Landarbeiterstreiks wurde beschlossen, daß die Abgeordneten die Landbezirke aufsuchen und den Streik zum Siege führen sollen.

Inbezug auf die politische und wirtschaftliche Lage wurden Entschlüsse angenommen, die die Beseitigung der Arbeitslosigkeit fordern und feststellen, daß gegen die Reaktion ein energischer Kampf um die Erhaltung der Errungenschaften der Arbeiterschaft geführt werden muß, daß ein scharfer Kampf um die Erhaltung des gleichen Wahlrechts einsetzen muß. In der Ernennung Stan. Grabliskis zum Kultusminister sieht die P. P. S. eine Herausforderung der Linksparteien. Sie kündigt an, daß, falls die Regierung die Interessen der Linksparteien nicht berücksichtigt wird, sie in die Opposition zur Regierung treten wird. Die Auflösung des Sejms sieht der Parteirat zwar als eine Notwendigkeit an, überließ den Parteibehörden jedoch die Bestimmung des Termins. Angenommen wurde eine Entschlußung in Sachen des Minderheitenproblems. Dieselbe fordert territoriale Autonomie für die Minderheiten der Ostgebiete, Gleichberechtigung für alle Staatsbürger, Zusage der Minderheiten der vollständigen kulturellen Freiheit, Ausarbeitung der in der Konstitution angekündigten Vorschriften für die Minderheiten usw.

Die übrigen Beschlüsse betrafen die „Anerkennung der Friedenspolitik im Außenministerium“, die Feier des 1. Mai und Organisationsfragen.

Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

Die Dienstagtagung des Sejms ratifizierte die Handelskonvention mit Frankreich. In zweiter und dritter Lesung wurde darauf das Gesetzesprojekt über das gemischte polnisch-deutsche Schiedsgericht angenommen.

Nach einer Rede des Vizeministers Martowski, der feststellte, daß die Lemberger Finanzkammer die niedrigste Steuerbemessung anwendet, wurde beschlossen, eine Kommission aus 6 Abgeordneten zu wählen, die die Tätigkeit der Lemberger Finanzkammer kontrollieren soll.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt. Zur Besprechung gelangt ein Dringlichkeitsantrag über die Ermordung Wiczorkiewicz und Baginskis sowie der Dringlichkeitsantrag der „Wyzwolenie“ über die Sejmauflösung.

Zum Lancucki-Prozess.

Der Prozess gegen den kommunistischen Abgeordneten Lancucki in Lemberg hat im Auslande große Beachtung gefunden. In Berlin demonstrieren die dortigen Kommunisten vor der polnischen Gesandtschaft und protestieren gegen die Gefangenhaltung ihres Genossen. Es wurden dabei Erklärungen abgegeben, daß Lancucki angeklagt war, zum Sturz der Witosregierung aufgefordert zu haben, ein Vergehen, welches sich auch die Rechtsparteien gegen die frühere polnische Linkregierung beiseßigten.

Die „Rote Internationale Hilfe“, eine kommunistische Organisation zur Bekämpfung der Not unter der Arbeiterschaft, hat Lancucki ihre Hilfe angeboten. Aber auch im übrigen Auslande war man bemüht, den Lancuckiprozess zu einer wirksamen Propaganda gegen Polen auszunützen. Es hatten sich nämlich Advokaten aus Paris, Berlin, Moskau, Kiew und London zur Verteidigung angeboten. Die Internationale Bauerngenossenschaft sowie Genossenschaften der Bauern aus ganz Europa, aus Kanada, selbst aus Australien, dem inneren Asien und aus Japan hatten Lancucki Begrüßungstelegramme geschickt. Außerdem kam es, wie berichtet wird, zu nicht ungefährlichen polenfeindlichen Kundgebungen in Moskau und in Petersburg. Man sieht daraus, daß die Dritte Internationale die Kommunistenberufungen ausnützen wollte, um gegen die polnische Regierung einen Schlag zu führen.

Das Interesse, welches das Ausland dem Prozess entgegenbrachte, ist wohl nicht ohne Einfluß auf den Ausgang desselben geblieben.

Lokales.

Wieviel Miete zahlen wir für das 2. Quartal 1925?

Auf Grund des neuen Mieterschutzgesetzes werden die Mietszinssätze für das zweite Quartal, d. h. für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni, um 6 Prozent erhöht. Es sind also zu zahlen:

- 1) Für Einzimmerwohnungen (1 Zimmer und Küche oder nur 1 Zimmer) — 25 Prozent der Grundmiete. Da der Vorkriegsrubel mit 2 Zloty 66 Groschen berechnet wird, betragen 25 Proz. davon — 66,50 Groschen. Bei Einzimmerwohnungen müssen also für jeden Rubel der Vorkriegsmiete

66,50 Groschen

bezahlt werden.

- 2) Für Wohnungen, bestehend aus 2 oder 3 Zimmern nebst Küche — 30 Prozent der Grundmiete. Laut diesem Satz ist

1 Rubel der Vorkriegsmiete = 79,80 Groschen.

- 3) Für Wohnungen, bestehend aus 4 bis 6 Zimmern — 35 Prozent der Grundmiete. Danach ist

1 Rubel der Vorkriegsmiete = 93,10 Groschen.

Da die Berechnung der Miete gewöhnlich große Scherereien mit sich bringt, wollen wir unseren Lesern in nachstehender Tabelle einige Beispiele anführen:

Wenn die jährliche Miete vor dem Kriege betrug Abl.	Für eine Einzimmerwohnung 25% der Grundmiete		Für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung 30% der Grundmiete	
	1 Monat	3 Monate	1 Monat	3 Monate
	zu zahlen in Zloty			
60	3.32 1/2	9.97		
70	3.88	11.64		
80	4.43	13.29		
85	4.71	14.13		
90	4.99	14.97		
95	5.26	15.78		
100	5.54	16.62		
105	5.82	17.46		
110	6.10	18.30		
115	6.37	19.11		
120	6.65	19.95		
125	6.93	20.79		
130	7.20	21.60		
135	7.48	22.44		
140	7.76	23.28		
145	8.04	24.12		
150	8.31	24.93	9.98	29.94
160			10.64	31.92
170			11.30	33.90
180			11.97	35.91
190			12.63	37.89
200			13.30	39.90
210			13.96	41.88
220			14.63	43.89
230			15.29	45.87
240			15.96	47.88
250			16.62	49.86

Zu den oben berechneten Mietsätzen kommen noch die Ausgaben für Ausfuhr, Beleuchtung der Hausflure und Treppen sowie die Löhnung des Wächters hinzu.

Von der Krankenkasse.

In der Dienstagssitzung der Verwaltung der Krankenkasse kam unter Punkt 1 der Tagesordnung die Zwangsversicherung der in den Mittelschulen angestellten Lehrerschaft zur Sprache. Es stellte sich heraus, daß 80 Prozent der Mittelschulen seit dem 1. November 1924 in der Kasse versichert sind, während die übrigen 9 Schulen sich bemühten, die Befreiung von der Zwangsversicherung zu erhalten, wobei die Direktoren dieser Schulen sich sogar an die Ministerien wandten, um zu erreichen, daß die Krankenkasse auf die Einbeziehung dieser Schulen in die Mitgliedslisten der Kasse verzichtet soll. Nachdem alle diese Bemühungen vergeblich waren, sprach am Dienstag eine Delegation dieser Schulen in der Kasse vor und erklärte, daß die städtischen Schulen nunmehr der Versicherung beitreten wollen, jedoch bitten, die Versicherung mit dem 1. April l. J. vorzunehmen und nicht von dem ihnen seinerzeit gestellten Endtermin des 1. November. Verwaltungsmittglied Ing. Gutke unterstützte diese Bitte, während die Verwaltungsmittglieder aus der Gruppe der Arbeitnehmer für den Termin des 1. November sprachen. Schließlich wurde der Antrag des Stv. Kul angenommen, der den 15. Januar 1925 als den Termin festlegt.

Chefarzt Dr. Kluszyński gab hierauf eine Erklärung ab, die sich mit der letzten Generalversammlung des Ärzteverbandes beschäftigte, über die wir in der letzten Nummer berichteten. Aus dieser Erklärung ist ersichtlich, daß sich die Ärzte nicht gerade von sehr ideellen Beweggründen bei ihren Beschlüssen leiten ließen. U. a. stellte Dr. Kluszyński fest, daß der Vorsitzende des Ärzteverbandes ihm die Durchführung eines Vertrauensvotums im Ärzteverbande garantieren wollte, wenn er dem Verbande dazu behilflich sein wird, die Lohnzulagen für die Ärzte bei der Verwaltung durchzuführen. Nach der Erklärung stellte die Verwaltung fest, daß sie der Tätigkeit des Chefarztes Anerkennung zollt.

Hierauf wurde ein Bericht der Revisionskommission angenommen, die die Buchführung der Kasse als den neuzeitlichen Anforderungen nicht entsprechend anfieht und den Antrag stellt, eine Sitzung des Rates der Krankenkasse für den 17. April l. J. einzuberufen. Der Antrag wurde angenommen.

Bestätigt wurden die Engagements von drei Ärzten und drei Zahnärzten.

Der Abschluß eines Vertrages mit den Krankenkassenfeldschern wurde der Heilkommission überwiesen.

Wegen vorgerückter Stunde wurde die Besprechung der übrigen Punkte der Tagesordnung vertagt.

In der Lodzzer Tabakfabrik des Staatsmonopols wurden 300 Arbeiter reduziert.

Ein Auslandspaf 250 Gulden. Im „Dziennik Ustaw“ erschien eine Verordnung, die die Gebühren für Auslandspässe wie folgt festlegt: Für einen Normalauslandspaf 250 Zloty, für einen ständigen Paf 750 Zl., für einen Paf zu ermäßigtem Preise 20 Zloty und einen Handelspaf 25 Zloty.

Zu den Forderungen der Handelsangestellten. Bekanntlich hat sich die Zwischenverbandskommission der Angestelltenverbände mit der Forderung an die Verbände der Industriellen gewandt, die Gehälter um 10 Prozent des Schiedsprüches zu erhöhen. Auf den zweiten Brief der Zwischenverbandskommission erfolgte nunmehr die Antwort, daß die Industriellen eine Gehaltsregulierung kategorisch ablehnen, jedoch eine Konferenz mit den Angestellten abhalten wollen, um sich über die Lage zu informieren.

Falsche Silbermünzen. In Lemberg wurde in der Janowskistraße 8 eine Falschmünzwerkstatt aufgedeckt, die sich mit der Fälschung von Ein- und Zweizlotymünzen befaßte.

Der Wohnungsschacher des Magistrats. Seinerzeit tauschte Stadtpfäsident Cynarski seine Wohnung an der Kopernikastraße gegen eine Wohnung in der Andrzejka 4 ein, die dem Magistrat gehörte. Die Wohnung an der Kopernika sollte dagegen dem Magistrat zur Verfügung gestellt werden. Als der Magistrat die Wohnung beziehen wollte, verweigerte der Hauswirt die Herausgabe der Schlüssel. Das Lokal ging verloren. Dasselbe geschah mit einem Lokal in der Andrzejkastraße, in dem das Mietseinigungsamt untergebracht war. Als Herr Cynarski seine Wohnung bezog, verpflichtete er sich nämlich dem Wirt gegenüber das Lokal des Mietseinigungsamtes zu überlassen, für den Preis, daß sich der Wirt mit der Übernahme einer Wohnung in der ersten Etage durch Cynarski einverstanden erklärte. Der Magistrat selbst wußte aber von dem Versprechen nichts. Als das Mietseinigungsamt nach einem anderen Lokal übertragen und der Magistrat das freigewordene Lokal für einen anderen Zweck belegen wollte, präsentierte der Wirt das Versprechen des Präsidenten. Da sich Zeugen fanden, die die Verpflichtung des Herrn C. bestätigten, verlor der Magistrat auch die zweite Wohnung.

Daß diese Wirtschaft der Kreise, „die etwas besitzen“, musterhaft zu nennen ist, können und wollen wir nicht behaupten.

Der übliche Kommunistenprozess. Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatten sich die Arbeiter Kalinski, Bilski und Grünberg wegen kommunistischer Propaganda zu verantworten. Die Angeklagten wurden während der Demonstration am 20. Juni vorigen Jahres verhaftet. Das Gericht verurteilte alle drei Angeklagten zu je zwei Jahren Gefängnis.

Töblicher Unfall. In der Anstaltschen Brauerei, Pomorska 38, stürzte der Fuhrmann Kaszewski beim Ubladen so unglücklich vom Wagen, daß ihm die Schädeldecke barst und er auf der Stelle tot war.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Heute, Donnerstag, den 2. April l. J., findet im Premierabonnement Nr. 26 die Erstaufführung der köstlichen humorisierenden Komödie „Ingeborg“ von Kurt Götz statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Falk und Karmen und die Herren Linka, Miller und Cioski. Die Regie hat Herr Max Rosen inne.

Sonntag finden zwei Vorstellungen statt. Nachmittags wird zum allerletzten Male Schillers berühmtes Trauerspiel „Maria Stuart“ gegeben, abends geht Kurt Götz' brillante Komödie „Ingeborg“ zum zweiten Male in Szene.

Ziehung der Dollarprämienanleihe.

Gestern fand im Finanzministerium die Ziehung der 5prozentigen Dollarprämienanleihe statt. Der Gewinn von 40 000 Dollar fiel auf Nr. 175 143, die nach Lemberg verkauft wurden.

Weiter fielen:
8000 Dollar auf Nr. Nr. 246 837, 247 820.
3000 Dollar auf Nr. Nr. 829 673, 932 642.
1000 Dollar auf Nr. Nr. 50 610, 96 884, 343 990, 483 607, 485 503, 548 240, 880 314, 938 585, 951 418, 972 172.

Sport.

- In Warschau siegte: Polonia — Legja 7:0
- In Krakau: Bratislava (Tschechien) — Makabi 6:0
Bratislava — Cracovia 4:2
- In Posen: Warta — Thonener Sportklub 4:2 (1:2)

Aus dem Reiche.

Lublin. Mißglückter Ausschluß eines Stadtverordneten. Der linksradikale Stadtverordnete Dominik wurde von den Gerichten wegen „antistaatlicher Agitation“ zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die rechten Parteien nahmen die Verurteilung Dominiks zum Anlaß, den Antrag auf Ausschluß Ds zu stellen. Als man zur Abstimmung über den Antrag schreiten wollte, verließen die linken Parteien den Saal und verurteilten durch Zerstörung des Quorums die Annahme des Antrages.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Referentenkurse.

Am Sonntag, den 5. April l. J., findet im Partei-lokal in der Jamenhofstraße der übliche Referentenkurs statt. Abg. Emil Zerbe wird über „Die Selbstverwaltungen im Staate“ referieren. Außer den Teilnehmern der Kurse werden alle Stadtverordneten der Ortsgruppen der D.A.P. aufgefordert, an diesem Vortrag teilzunehmen. Beginn 9 Uhr früh. Der Hauptvorstand.

Theaterverein „Thalia“, Lodz

Deutsches Theater

im Gebäude der „Scala“, Cegielniana 18. Tel. 113
Dir.: Dr. Robert Lohan.

Heute! Heute!

Donnerstag, den 2. April 1925, um 8.15 abends.

Premierenabonnement Nr. 26.

„Ingeborg“

Komödie in 3 Akten von Kurt Götz.

Sonntag, den 5. April l. J., zwei Vorstellungen.

Um 4 (vier) Uhr nachmittags:

„Maria Stuart“

Um 8.15 Uhr abends:

„Ingeborg“

Kartenvorverkauf von 11—1 und 4—7 Uhr nachm. an der Tageskasse der Scala und bei Firma Arno Dietel, Petrikauer 157.

Günstige Gelegenheit

zum Einkauf von Weiß-Maren zu Fabrikspreisen, Wäsche, Gardinen usw. ist jetzt während der Weizenwoche bei Schmiedel und Rosner, Petrikauerstraße 100 u. 160. Gardinen 11.50, Tischdecken 7.20, Servietten 0.45, Handtücher 1.75, Taschentücher 22.25, 30, Silefia, Ranzul, Schirting, Bettleinen zu Fabrikspreisen.

Die staatliche Versicherung der geistigen Arbeiter.

Der Arbeitsminister hat auf Grund des Beschlusses des Ministerrats vom 25. Februar d. J., dem Sejmarschall den Entwurf von Änderungen einiger Vorschriften zum Gesetz vom 18. Juli 1924 über die Arbeitslosenversicherung, nebst dessen Begründung, zugesandt:

Die wesentlichsten Stellen daraus geben wir hier im Auszuge wieder:

Im ersten und zweiten Abschnitt des 1. Artikels des Gesetzes vom 18. Juli 1924 über die Arbeitslosenversicherung werden nach den Worten „Arbeiter“ noch die Worte „und geistige Arbeiter“ hinzugefügt.

Geistige Arbeiter, deren monatliches Einkommen 400 Zloty übersteigt, müssen, auf ihr Gesuch hin, von der Versicherungspflicht befreit werden. Geistige Arbeiter, die mehr als 700 Zloty monatlich verdienen, unterliegen nicht der Versicherungspflicht.

Im ersten Abschnitt des 7. Artikels wird den Worten „höchsten Norm des Einkommens“ das Wort „täglich“ hinzugefügt und wird dieser Abschnitt mit folgendem Satz ergänzt: „dagegen betragen die von den Arbeitsstätten für die geistigen Arbeiter zu zahlenden Beiträge 2 1/2 Prozent der jeweilig gezahlten Gehälter, wobei die analoge höchste tägliche Gehaltsnorm 8 Zloty beträgt.“

Dem ersten Satz im 3. Abschnitt desselben Artikels wird folgender Satz hinzugefügt: „im Verhältnis zu den Beiträgen der geistigen Arbeiter werden von den Arbeitgebern 2/5 dieser Beiträge abgezogen, während sie (die Arbeitgeber) 3/5 aus eigenen Mitteln zahlen.“

Am Schluß des 2. Abschnitts des 9. Artikels dieses Gesetzes werden folgende Worte hinzugefügt: „jedoch unter dem Vorbehalt, daß der Staatszuschuß an der Deckung dieses Teiles eines Fehlbetrages, der infolge der Versicherungsaktion der geistigen Arbeiter entstand, keinen Anteil nimmt“.

Der 2. Abschnitt des 11. Artikels erhält folgenden Wortlaut: „Die Unterstützung beträgt:

a) für den Arbeiter:	
den ledigen	30 %
„ verheirateten, mit Familie bis 2 Personen	35 %
„ „ „ „ von 3—5 Personen	40 %
„ „ „ „ „ mehr als 5 Pers.	50 %

des im Sinne des 7. Artikels dieses Gesetzes festgesetzten Lohnes.

b) für den geistigen Arbeiter:	
den ledigen	25 %
„ verheirateten, mit Familie bis 2 Personen	30 %
„ „ „ „ „ von 3—5 Personen	35 %
„ „ „ „ „ mehr als 5 Pers.	50 %

des im Sinne des 7. Artikels dieses Gesetzes festgesetzten Lohnes.

In denjenigen Fällen, wo der geistige Arbeiter im Falle der Lösung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung, eine Entschädigung erhielt, die sein letztes 2-wöchentliches Gehalt überstieg, beginnt das Recht auf Arbeitslosenunterstützung, ehestens am Tage nach Ablauf der Zeit, für die er die Entschädigung erhielt.

Dem 38. Artikel dieses Gesetzes wird ein neuer Artikel folgenden Inhalts hinzugefügt: „Art. 38a. Die Vorschriften der Artikel 3, 5, 8, 42 und 43 haben geistigen Arbeitern gegenüber keine Anwendung“.

In der Begründung zu dieser Gesetzesänderung sagt der Arbeitsminister:

„Die Regierung ist der Ansicht, daß die einzig richtige Erledigung der Forderungen der Angestellten die Schaffung eines besonderen Gesetzes über die Versicherung der geistigen Arbeiter sein müßte, das auch Unterstützungen für den Fall der Arbeitslosigkeit vorsieht. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist in Vorbereitung. Mit der gegenwärtigen Lage der geistigen Arbeiter rechnend, hat die Regierung den Entwurf eines vorläufigen Gesetzes angefertigt, der das Gesetz vom 18. Juli 1924 ausbaut und die Versicherungspflicht auf geistige Arbeiter ausdehnt.“

In dem Entwurf wurde festgesetzt, daß die Unterstützungen den geistigen Arbeitern ausschließlich aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gezahlt werden, ohne Beteiligung des Staates, wie dies bei den körperlichen Arbeitern der Fall ist.

Aus diesem Grunde ist die Prozentnorm der Beiträge der Arbeitsstätte für geistige Arbeiter bis 2 1/2 Proz. erhöht worden, wovon auf den Arbeitnehmer 2/5 der Beiträge, oder 1 Prozent des Gehalts entfallen, während den Rest 1,5 Prozent der Arbeitgeber zuzahlt.

Die Zusammensetzung der Hauptverwaltung und der Bezirksverwaltung des Arbeitslosenfonds ist ergänzt worden durch Hinzuziehung 1 Vertreters der Arbeitgeber und 3 Vertreter der geistigen Arbeiter zur Hauptverwaltung sowie 1 Vertreters der geistigen Arbeiter zu den Bezirks-

verwaltungen in größeren städtischen Zentren, außerdem wurde bei der Hauptverwaltung eine besondere Kommission gebildet, die die Angelegenheiten der Versicherung der geistigen Arbeiter führen wird. Für Berufungsfälle seitens der geistigen Arbeiter wird in den Bestand der Berufungskommission ein Vertreter der Angestellten aufgenommen.

Im Hinblick auf den zeitweiligen Charakter des projektirten Gesetzes ist für dieses ein zweijähriger Zeitraum der Gültigkeit, vom Tage der Veröffentlichung an, festgesetzt.

Es ist zu hoffen, daß das Gesetz noch vor den Osterferien vor dem Sejm zur Besprechung kommt.

Briefkasten.

L. R. P. Das Gedicht ist Mittwoch angekommen, also zu spät. Es kann daher in diesem Jahre nicht zur Veröffentlichung kommen.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stn. Ludwig Ant. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Gesangbücher,

Konfirmationstexten, Konfirmationsgeschenke in sehr großer Auswahl bei Leop. Nitel, Nawrostr. 2 und Petrikauerstr. 234 Niedrige Preise. Telephon 38-11.

Billigster Verkauf

gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

„WYGODA“ Petrikauer 238

Damen- u. Herren-Garderoben in größter Auswahl. Sportanzüge für Damen und Herren mit oder ohne Pelz, aus den besten Stoffen der Firmen Leonhardt und Borst.

Achtung! Bestellungen aus anvertrauten Stoffen werden prompt und gewissenhaft ausgeführt. 680

Weißer Woche

In Lodz noch nicht dagewesen!

nach ausländischer Art.

Die Innendekoration, vor allem jedoch die konkurrenzlos billigen Preise für Wäsche und Weißwaren werden das größte Aufsehen erregen.

Während der Weißen Woche verkaufen wir:

Damen - Mäntel
neue Fassons zu Reklamepreisen
28.- 38.- 48.-

Elegante Mäntel
in großer Auswahl
65.- 75.- 85.- 95.-

Beachten Sie unsere Schaufenster! Kein Kaufzwang!

Schmehel & Rozner A. = G.

Lodz, Petrikauerstr. 100 und Filiale 160.

Deutsche Arbeitspartei Polens Ortsgruppe Babianice.

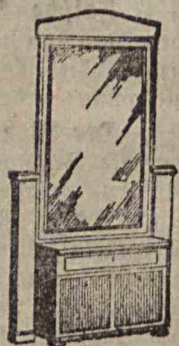
Am Sonnabend, den 4. April, um 7 Uhr abends, findet im Saale des Herrn Hegenbart (Zamkowastraße) eine große

Vorwahlversammlung

statt. Sprechen werden: Sejmabgeordneter Artur Kronig und Stadtverordneter Reinhold Klim. Die Redner werden die Innen- und Außenpolitik, die wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit, die Steuerpolitik, die Lage der Minderheiten, die Angelegenheiten der städtischen Selbstverwaltung und andere aktuelle Fragen behandeln.

Elektrotechniker

übernehmen sämtliche ins Fach schlagende Arbeiten sowie Reparaturen von Licht- und Glocken- wie auch Signalisierungsanlagen. Reparaturen sowie Bestellungen auf elektrische Kronleuchter, auch Schloßereimontagen werden zu konkurrenzlosen Preisen ausgeführt. Elektrotechniker O. Funke, Jaktorwa 45, W. 5, erste Etage, von 8 bis halb 10 und 3 bis 7.



668

SPIEGEL

Fabrikspreise. Ratenzahlung.

SPIEGELFABRIK u. KRISTALLGLAS-SCHLEIFEREI

Juljusza 20

Inserate haben in der „Lodzzer Volkszeitung“ Erfolg!

Bequem! Elegant! Billig!

richtet Jeder sein Heim ein, wenn er neue sowie umzupolsternde Möbel in das Tapezier- und Dekorationsgeschäft

L. Vogelsang, Al. Kosciuszki 56, in Auftrag gibt.

Auf Abzahlung!

Die billigsten Preise! Bequemste Zahlungsbedingungen. Das Frühjahr naht, jeder möchte daher für etwas Neues sorgen. Ich empfehle für Damen: Cabardine, Boston, Stoffe in den schönsten Karos, Rips, Cheviot, Popelin, Crepe de Chine, Taft, Sammet, Velvet. Für Herren: Boston, Rammgarn, Cabardine, Herrenstoffe. Widzewer Reimen, Jhrardower Weißwaren, Burpur, Matrazenstoffe, Zephir, weiße und bunte Tischtücher, Strohtücher, Handtücher, Taschentücher, Etamine, Batiste, Gardinen, Kappen, fertige Damen- und Herrenhemden, Damenstrümpfe, Socken, Strawatten, Plüsch- und wattierte Kolbern sowie viele andere Artikel. Leon Rubaschkin, Alimstiegoszstraße 44. 648

Werkstätige, eine Gelegenheit!



Die neu eröffnete

Fahrrad- und Nähmaschinen-

Firma „Modus“, Lodz, Andrzeja 11

gibt jedem die Gelegenheit, ein Fahrrad oder eine Nähmaschine bar und Ratenzahlung gegen unter guten Bedingungen billig zu erwerben.

Reell. o Solid. o Gewissenhaft.

Reparaturen. Stimmungen. Transporte. Verpackungen.

Größte Auswahl von Flügeln, Pianos, Kunstspielpianos, Harmoniums usw.

der Firmen: Bestlein, Blüthner, Feurich, Grotrian Steinweg, Hupfeld, Ibach, Schimmel, Zimmermann u. and. in verschiedenen Preislagen von Pl. 1900 an finden Sie im

Piano-Haus Carl Koischwitz
Lodz, Moniuszki 2 *** Telephon-Nr. 24-72.

Lager von Notenständern, Drehstühlen und Sprechapparaten. Solide. — Preiswert. — Zahlungsvereinfachungen. — Gegründet 1892. Garantie 5 Jahre schriftlich.

Pianos zur Miete für Konzerte u. Geflüchteten.

Die Vorlagen für die neuen Selbstverwaltungs-gesetze.

In unserem vorhergehenden Artikel unter der obigen Ueberschrift besprachen wir die Projekte der Regierung und der besonderen Kommission des Städteverbandes in bezug auf das Pluralwahlrecht, das einem Teil der Bürgerschaft Polens besondere Rechte und eine größere Stimmenzahl zusprechen will.

Außer diesen Bestimmungen, die ihren Ursprung nur darin haben, daß sich die rechten Parteien der Kapitalisten und des reichen Bauertums künstlich auf der Oberfläche halten wollen, enthält die Regierungsvorlage noch eine Reihe anderer Bestimmungen, die gegen das arbeitende Volk und die Minderheiten gerichtet sind.

Vor allen Dingen ist es die Bestimmung, daß das Wahlalter von 21 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden soll. Auch das Wählbarkeitsalter soll von 25 auf 30 Jahre eine Verschiebung erfahren. Die Kommission motiviert diese Verschiebung damit, daß der größte Teil der Jugend noch bis zum 25. Lebensjahre die Schule besucht, also sich in den politischen Parteien mit 21 Jahren noch nicht auskennt.

Die Forderung der Hinaufschiebung des Wahlalters ist keine Neuheit. Es ist die Forderung der gesamten Reaktion der Welt, die mit dem Schlagwort operiert, daß jeder Mensch in der Jugend dem Sozialismus huldigt, später aber als gesetzter Mensch zu den bürgerlichen Parteien übertritt und dort den Lebensabend zubringt. Die Reaktion, die sich auf diese Argumentation stützt, will also die Regierung nicht der Jugend überlassen, sondern durch Hinaufschiebung des Wahlalters den „Erfahrenen“ das Ruder sichern.

Wenn auf diese Argumentation früher auch noch hin und wieder jemand hereingefallen ist, so ist es geradezu ein Armutzeugnis für die Geistesverfassung der Herren von der Kommission des Städteverbandes, wenn sie damit argumentiert, daß der größte Teil der Jugend bis zum 25. Lebensjahre die Schule besucht.

In der heutigen kapitalistischen Weltordnung hat für 90 Prozent der Bürgerschaft der Luxus aufgehört, noch nach dem 15. Lebensjahre die Schule zu besuchen. Der 15jährige Knabe und in den meisten Fällen auch das 15jährige Mädchen werden sofort nach der Beendigung der Volksschule an den Arbeitskarren gespannt, um für sich und die Familie den Lebensunterhalt zu verdienen. Und diese Anspannung ist ihnen bis zum 21. Le-

bensjahre Schulung genug, um ermessen zu können, wem sie ihre Vertretung in der Gemeinde- und in den gesetzlichen Körperschaften anvertrauen soll. Dies beweist klar und deutlich, daß die Regierung und die Herren vom Städteverband nur in ihrem engen Gesichtskreis der besitzenden Klasse handelten, als sie diese Argumentation an sich heranließen. Also keine Rücksicht auf das arbeitende Volk. Maßgebend war für die Herren die eigene Umgebung.

Aber auch die andere Argumentation ist heute schon längst hinfällig. Der Sozialismus ist heute keine Marotte der Jugend, sondern eine harte Notwendigkeit des arbeitenden Volkes. Wenn sich die Herren, die die Vorlage ausheckten, heute in den sozialistischen Parteien umsehen wollten, so werden sie sich mit Leichtigkeit davon überzeugen können, daß die „gesetzten“ Arbeiter in den Parteien die Mehrheit bilden. Weil diese Parteien aber auf dem Standpunkt stehen, daß man dem Bürger, dem man staatliche Pflichten auferlegt, auch die Gleichberechtigung geben muß, so werden sich die Linksparteien diese Gleichberechtigung nicht entreißen lassen. Der Bürger muß mit 21 Jahren schon die Pflicht empfinden, durch seine eigene Stimme an der Gestaltung des kommunalen und staatlichen Lebens mitbestimmen zu können.

Eine zweite Bestimmung der Vorlage besagt, daß nur diejenigen Bürger das Stimmrecht erhalten sollen, die seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde wohnen. Dieser Punkt der Vorlage ist ebenfalls nur gegen die Arbeiterschaft gerichtet, die auf der Suche nach Verdienstmöglichkeiten sehr oft die Arbeitsstelle und damit den Wohnort wechseln muß. Dadurch will man bei den Wahlen wiederum einen Teil der Arbeiterschaft loswerden. Das bisherige Wahlrecht sah einen sechsmonatigen Termin vor. — Die Forderung der Linksparteien geht dahin, diesen Termin beizubehalten.

Weiter plädierte die Kommission dafür, daß die Stadtverordnetenversammlungen ohne Ersatzmänner auf den Listen gewählt werden sollen, wobei für den Fall des Rücktritts eines Stadtverordneten dessen Nachfolger vom Stadtrat selbst mit Stimmenmehrheit gewählt werden soll. Dabei fordert die Kommission, daß die Kadenz der Selbstverwaltungen sechs Jahre (bisher drei Jahre) dauern soll. Beide Forderungen sind natürlich ebenfalls gegen die Arbeiterschaft gerichtet, da die Arbeitsbedingungen auch den gewählten Arbeitervertreter eher zur Niederlegung seines Mandats zwingen können, als den bürgerlichen Vertreter, der durch seinen Besitz an die Stadt gekettet ist.

Auch die Zusammensetzung der Magistrate

ist darauf eingestellt, den Arbeitervertretern die Uebernahme von Ämtern zu erschweren, indem die Kommission für Stadtpräsidenten und Schöffen einen Bildungszensus einführen will. Die Linksparteien, die sich in den vergangenen 6 Jahren davon überzeugten, daß in vielen Fällen die weniger gebildeten Arbeitervertreter eine bessere Stadtwirtschaft zu führen imstande waren, als die Magistratsmitglieder mit Hochschulbildung — z. B. in Lodz der frühere Stadtpräsident Azewski, der selbst von der Regierung als nachahmenswertes Beispiel hingestellt wurde — treten gegen diese Forderung auf.

Der am 24. und 25. April in Warschau tagende Kongreß des Städteverbandes wird sich mit diesen Vorschlägen der Kommission zu beschäftigen haben. Von dem Kongreß erwarten die Sejmabgeordneten Richtlinien für sich und ihre Stellungnahme zu der Regierungsvorlage, die in Kürze vor dem Plenum des Sejm zur Verhandlung kommt.

L. Kul

Delegierter der Stadt Lodz zur Tagung des Städteverbandes.

Eine englische Stimme über den polnischen Korridor.

Robert Dell betont in der bekannten Wochenschrift „New Statesman“, daß die deutschen Einwohner des polnischen Korridors überzeugt seien, daß die augenblickliche Lage nicht von Dauer sein könne. Die Lage sei tatsächlich unerträglich. Die Bevölkerung sei ohne ihre Zustimmung gezwungen, ihre Nationalität zu ändern. Es sei unmöglich, nach einem Besuch des Korridors nicht die Ueberzeugung der deutschen Einwohner zu teilen, daß eine solche Einrichtung nicht von Dauer sein könne. Früher oder später müsse sie durch eine Vereinbarung zwischen Polen und Deutschland geändert werden. Je früher, desto besser. Sogar ein einflußreicher Politiker in Warschau habe seinerzeit zugestehen müssen, daß er, wenn er die deutsche Regierung wäre, diese Vereinbarung nicht annehmen würde.

Dell erklärt, leider wollten sehr viele Polen diese Schwierigkeiten durch Annektion des Gebietes des Freistaats Danzig und des gesamten Ostpreußens lösen. Es wurde Dell ernstlich auseinandergelegt, daß Polen augenblicklich unvollständig sei und daß es im Interesse seines Bestandes vervollständigt werden müsse. Dell schließt, die Polen selbst müßten erwägen, ob sie es sich leisten könnten, dauernd mit Rußland und Deutschland in Feindschaft zu leben. Die augenblickliche Regelung bezüglich Danzigs und des Korridors mache eine Freundschaft zwischen Deutschland und Polen unmöglich.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von Hans Dominik.

(51. Fortsetzung.)

Oberst Trotter war von den Flammen angefangt, schmutzig und unansehnlich geworden. Sein Gesicht schmerzte ihn, so daß er sich zum Fluß beugte und frisches Wasser über die gerötete Stirn schüttete.

Nach dem kalten Wasser fühlte er neue Kraft. Er wollte dem verdammten Amerikaner deutlich werden. Doch als er sich dazu anschickte, war Dr. Glosin verschwunden. Ebenso plötzlich, wie er aus dem Walde herausgetreten war, hatten ihn die Sträucher und Stämme des alten Forstes wieder aufgenommen.

Mr. G. F. Goody, der Führer der Opposition im australischen Parlament, faßte die Hauptpunkte seiner zweistündigen Rede noch einmal im Schlußwort zusammen.

„Die Welt ist heute zu eng geworden. Es scheint, als ob die beiden großen Staaten nicht mehr nebeneinander Platz haben. Wir müssen unsere Stellung zwischen den beiden Parteien wählen. Beides sind Englisch sprechende Völker. Jedem von uns durch Bande des Blutes verbunden. Staatsrechtlich steht uns England näher. Aber unsere wirtschaftlichen Beziehungen weisen nach Amerika. Der Energie der Vereinigten Staaten verdanken wir es, daß unser Land von dem schweren Druck der japanischen Gefahr befreit wurde. Die Klugheit gebietet uns, heute Anschluß an Amerika zu nehmen.“

Laute Beifallsrufe unterbrachen den Sprecher. Es ging sonst ebenso ernsthaft und geseht im australischen Parlament zu wie im Hause der Gemeinen zu London.

Aber hier waren die Leidenschaften auf das höchste erregt. Die weißhäftigen Farmer aus Queensland und Neusüdwales, die Kaufleute aus Viktorien, die Viehzüchter aus Westaustralien und Alexandraland sprangen von ihren Sitzen auf und machten ihrer Begeisterung in lauten Cheerrufen Luft. Es dauerte Minuten, bis der Redner fortfahren konnte.

„... Ich stelle fest, daß Regierungspartei und Opposition in diesem Punkt einig sind. Australien muß sich geschlossen an die Seite Amerikas stellen, wie es Kanada vor fünf Jahren getan hat. Die anglosächsische Rasse hat vor vierzig Jahren die neue Doktrin vom Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet. Diese Lehre ist nie wieder aus der Welt verschwunden. Wir nehmen dieses Recht der Selbstbestimmung für uns in Anspruch und beschließen den Zollbund mit der amerikanischen Union.“

Der Schluß der Rede ging in brausenden Cheerrufen unter. Das alte Parlament, welches hier in Sydney tagte, war nicht wiederzuerkennen. Lächer wurden geschwenkt. Händeklatschen mischte sich in die Beifallsrufe. Einzelne Parlamentsmitglieder sprangen auf die Sitze und gestikulierten mit den Armen.

Die bevorstehende Abstimmung konnte nur noch eine reine Formsache sein. Die einstimmige Annahme des Beschlusses war sicher.

Einzelne Mitglieder verließen den Sitzungssaal, traten in die Vorhalle, sprachen mit Journalisten und Geschäftsfreunden. Von Mund zu Mund sprang die Nachricht weiter, gelangte ins Freie und wälzte sich durch die breiten Straßen Sydneys. Seit dreißig Jahren hatte Australien seine besondere Flagge, den Union Jack, mit dem aufgelegten australischen Wappen. Das Kreuz mit den Symbolen des Landes lag auf dem roten Tuch der britischen Flagge. Jetzt tauchten in wenigen Minuten an unzähligen Fenstern Arrangements der australischen Flagge und des Sternennanners auf. Es war un-

greiflich, woher diese Unmenge amerikanischer Fahnen im Augenblick kam, die hier im Winde flatterten und den Straßen ein festliches Aussehen gaben.

Während die Begeisterung durch die Straßen lief und das Parlament zur Abstimmung schritt, sah der australische Premierminister G. A. Applebee dem königlich Großbritannischen Sondergesandten Mr. Swift MacNeill gegenüber.

„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die englische Regierung die Lage als außerordentlich ernst ansieht. Der Beschluß des australischen Parlamentes ist ungesetzlich, weil er alte, wählerworbene Rechte des Mutterlandes verletzt.“

Mr. MacNeill sprach die Worte langsam und unbewegt. So mochten vor zweitausend Jahren Tribunen und Legaten die Weltmacht Roms in die Wagschale geworfen haben: Roma locuta, causa finita!

Mr. Applebee überlegte seine Erwiderung sorgfältig, bevor er den Mund aufmachte.

„Es ist der einstimmige Beschluß des Parlamentes, Sir! Ein Land mit einer Bevölkerung von vierzig Millionen steht geschlossen hinter dem Parlament. Dadurch, daß Australien in ein engeres Verhältnis zur amerikanischen Union tritt, hört es nicht auf, ein Freund Englands zu sein.“

„Australien ist ein Teil des britischen Reiches.“ MacNeill sagte es kurz und schroff.

„Gewesen, Sir! Bis zum heutigen Tage gewesen! Mit dem heutigen Parlamentsbeschluß nimmt das Land das Recht voller politischer Mündigkeit und Souveränität für sich in Anspruch.“

„Diesen Ausspruch erkennt die britische Regierung nicht an. Ich kann meine Warnung nur wiederholen. Die Lage ist ungemein ernst.“

Die Züge des australischen Ministers röteten sich allmählich. Die innere Erregung ließ seine Stimme vibrieren. (Fortsetzung folgt.)

Paul Boncourt reist nach Polen.

Der sozialistische Abgeordnete und Delegierte Frankreichs beim Völkerbund, Paul Boncourt, wird sich besonders auch auf Ersuchen der polnischen Liga für den Völkerbund Ende kommender Woche nach Polen begeben und dort während der parlamentarischen Osterferien bleiben. Er wird, nach Havas, die nach seiner Meinung bestehende Notwendigkeit auseinandersetzen, das Schiedsgerichtsprotokoll vor dem Völkerbund zu verteidigen, um nicht nur die Sicherheit Polens, sondern auch die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa zu gewährleisten.

Letland.

Die Hege gegen das deutsche Autonomiegesetz.

Bekanntlich hat sich nach Estland auch Letland dazu entschlossen, für die Deutschen ein Autonomiegesetz zu schaffen. Die Kommission für Rechtsfragen des Landtages hat dem Autonomieprojekt in einer für das Deutschtum annehmbaren Form bereits zugestimmt. Nun hat der Landtag auch die Bildungskommission damit beauftragt, die Durchsicht des Gesetzes in spätestens vier Wochen zu vollenden.

In der Bildungskommission sitzen nun die Vertreter des Schulwesens. Sie haben die ihnen aufgetragene Arbeit in einem gänzlich anderen Sinne als die rechtliche Kommission angefaßt. Auch in der rechtlichen Kommission bestanden gegen das Projekt schwere Bedenken, die aber, weil sie sachlicher Natur waren, durch den guten Willen von lettischer und deutscher Seite überwunden werden konnten. Die meisten Vertreter des Schulwesens in der Bildungskommission zogen aber ehrlicher Arbeit ein uferloses Gerede, in dem sich fastsam bekannte, gegen das Deutschtum als solches gerichtete Phrasen wiederholten, vor. Leider ist diesen Chauvinisten die beabsichtigte Aufspaltung der öffentlichen Meinung in erheblichem Maße gelungen, und der Regierung kann der Vorwurf nicht ganz erspart bleiben, daß sie gegen das gewissenlose Treiben einer kleinen lettischen Beamtenklique nicht beizeiten energisch vorgegangen ist. Daß unter den protestierenden Institutionen auch die lettische Universität ist, läßt diese, die doch eine Stätte der Verbreitung von Fortschritt und Aufklärung sein sollte, nicht gerade in einem günstigen Lichte erscheinen. Diese Proteste werden jetzt von dem Geschrei der chauvinistischen Presse begleitet, in der man lesen kann, daß die Deutschen einen neuen Vorstoß gegen den lettischen Staat im Sinn hätten.

Es muß daher fraglich erscheinen, ob das Autonomieprojekt noch in dieser Session — die Landtagswahlen finden im Herbst statt — angenommen werden wird.

Die Luftflotten der Großmächte.

Nach einer Zusammenstellung des Chefs des amerikanischen Flugwesens, General Mitchell, hat Frankreich 3350 Flugzeuge, Amerika 3360, England 1200, Japan und Italien je 500. Die Engländer wollen mit allen Kräften die Pilotenzahl erhöhen. Die eigens zu diesem Zwecke gegründeten Light-Plane-Clubs erhalten für im ganzen 10, zum Teile noch zu gründende Ortsgruppen, je 2000 Pfund Sterling für zwei Jahre, jeder neu geprüfte Führer erhält zehn Pfund. Fluglehrer und Ingenieure stellt der Staat.

Um zwei schöne Augen.

Roman von S. Abt.

(Nachdruck verboten.)

(29. Fortsetzung.)

Frau Eberhardine nickte ihr wohlwollend zu. „Ja, ja, laß nur, ich weiß schon, was ich weiß. Aber ich denk doch, ich kann mich auf dich verlassen, daß du mir keine Dummheiten machst.“

„Ach, Mutter —“ Die großen Augen sahen sie so voller Bangen und doch so leuchtend an.

„Na ja, du —“ Die mütterliche Hand streckte sich aus, ihr übers Gesicht zu streicheln, doch die Lieblosigkeit blieb unvollendet, denn schnobernd hob die Frau die Nase, wandte sich mit einem Aufschrei herum und stürzte zur Küche hinüber.

„Herrgottes nee, auf'm Feuer die Milch, ich glaub', die kocht über!“

Adele starrte ihr nach. Die rote Blut schoß wieder in ihr Gesicht. So ein Gefühl des Schämens hatte sie — als müsse sie sich für die Mutter schämen. Lautlos schloß sie hinter sich die Tür, eilte die Treppen hinab.

An der nächsten Straßenecke schon trat ihr Heinz Werneburg entgegen. Im ersten Augenblick erkannte sie ihn kaum in seinem Zivill. Er hob grüßend den Hut, preßte heftig ihre Hand, zog ihren Arm durch den seinen und sagte:

„Komm.“

Sie erschauerte heimlich. Wie Glutewind ging seine Stimme über sie hin. Und wie sah er aus! Was war mit ihm geschehen? Und seine Schritte jagten, daß sie kaum mit ihm vorwärts kam. Er merkte es, beugte sich zu ihr hinab:

„Geht's dir zu rasch? Aber vor wem ein Ziel winkt, der soll nicht zaudernd vorwärts gehen.“

Die Lage in Aegypten.

Die jüngste Entwicklung in Aegypten zeigt, wie ernst die Lage in diesem Lande ist, und wie wenig man den von dort kommenden Nachrichten, die vorwiegend aus englischen Quellen stammen, glauben kann. Der englische Berichterstatter hatte sich große Mühe gegeben, nachzuweisen, daß in dem neuen ägyptischen Parlament die gegenwärtige, England botmäßige ägyptische Regierung über eine Mehrheit verfüge. Gerade das Gegenteil hat sich beim ersten Zusammenrufen der Volksvertretung gezeigt: Zum zweiten Male innerhalb weniger Monate muß also nun das ägyptische Volk entscheiden, wie es sich zu dem Streiffall mit England stellt, ob es wie in der letzten Wahl in seiner Mehrheit die Politik der Extremisten billigt, oder ob es Verständnis dafür besitzt, daß das Land aus seiner allgemeinen Lage die notwendigen Folgerungen ziehen muß.

Erschwert wird die Situation noch dadurch, daß die Krone in den Streit hineingezogen wird. König Fuad will im Bewußtsein seiner Verantwortung gegenüber dem Lande den Kurs der Mäßigung und hat deshalb auch die zweite Parlamentsauflösung gebilligt. Der Zorn der Extremisten richtet sich aus diesem Grunde nicht allein gegen die Regierung, sondern auch gegen ihren König, dem sie Schwächlichkeit gegenüber dem Landesfeind, England, vorwerfen.

Aus Welt und Leben.

Die größte Radiostation der Welt. Die türkische Regierung hat beschlossen, in Angora eine Radiostation zu errichten, die die größte der Welt sein soll. Nachdem ein Angebot der englischen Marconi-Gesellschaft abgelehnt worden ist, bewerben sich gegenwärtig noch eine deutsche und eine französische Gesellschaft um die Errichtung der Station.

Verhaftete Mädchenhändler. Die Polizei verhaftete in Straßburg den 35jährigen Dominik Argand, der sich als Cafetier ausgab und zwei Mädchen aus St. Etienne unter falschen Vorpiegelungen entführte, nach Straßburg verbrachte, um sie nach Brasilien zu schaffen. Sein Komplize, der 37jährige Mechaniker Thollner, ist flüchtig, anscheinend nach Deutschland. Die entführten Mädchen waren minderjährig. Bei den Mädchenhändlern fand man ihre Geschäftskorrespondenz mit öffentlichen Häusern in Brasilien, sowie Schiffsfahrtspläne und Fahrkarten nach Rio de Janeiro. Die Korrespondenz war chiffriert. Unter dem Verdacht, von Straßburg aus Mädchenhandel zu treiben, stehen auch zwei Ungarn, Brüder, die früher Sekretäre Bela Kuns in Budapest gewesen sein sollen. Die Spuren des Geschäftes führen nach Hamburg. Die dortigen Amtsstellen erklären, daß aus einer vorgefundenen Korrespondenz hervorgehe, daß es einem der Mädchenhändler gelungen sei, über 50 Mädchen im Alter von 16 bis 17 Jahren durch Vorpiegelung falscher Tatsachen anzulocken und in ausländische Bordelle zu bringen. Die Tochter einer Hamburger Familie, die angeblich auf ein Pachtgut engagiert worden sei, sei nur durch Krankheit verhindert worden, die verhängnisvolle Reise anzutreten.

Ein vorsichtiger, aber nicht zartfühlender Ehemann scheint ein Landmann in der Gegend von Wjå in Norwegen zu sein. Er sandte kürzlich seine Frau quer über den eisbedeckten See, um bei dem Krämer des nahen

Richtspiels einige notwendige Einkäufe zu besorgen. Der Frau aber gab er einen Brief an den Krämer mit, der folgenden Wortlaut hatte: Händigen Sie bitte meiner Frau die unten aufgeführten Waren für meine Rechnung aus! Den Rechnungsbetrag sende ich heute mit der Geldpost an Sie ab, da mir das Eis nicht recht sicher erschien.

Jetzt kann ich schon sterben. Jules Mazzeller, ein französischer Komponist, erhielt vor einigen Tagen die Nachricht, daß seine vor 15 Jahren bei der Pariser komischen Oper niedergelegte Dichtung unter dem Titel „Graziella“ angenommen wurde und in Kürze zur Aufführung kommt. Zu der Generalprobe erschien auch die 85jährige Mutter des Komponisten, die von der Dichtung so begeistert war, daß sie erklärte: „Was kann ich noch schöneres sehen? Nichts! Deswegen kann ich schon sterben.“ Und tatsächlich hauchte die Greisin bald darauf ihren Geist aus.

Die reiche Holzhändlerstochter und der Herr Reitlehrer. Die unstandesgemäßen Heiraten amerikanischer Millionärstöchter greifen jetzt sogar nach dem amerikanischen mittleren Westen über. Vor kurzem ließ sich die Tochter des reichsten Holzhändlers von Milwaukee von ihrem Reitlehrer entführen. Das Paar verschwand auf romantische Weise, indem es nach Waugelau bei Chicago entfloh und sich daseibst in aller Heimlichkeit trauen ließ. Die Eltern des Mädchens erfuhren erst ihren Schritt, als sie die Liste der Eheschließungen in einer Zeitung lasen. Die Tochter, die nach der Trauung sofort wieder heimgeritten war, wurde herbeigerufen und gestand die Heirat ein. Der junge Reitlehrer verlor seitdem täglich den Zutritt in den Palast seines Schwiegervaters zu erlangen. Es wurde ihm aber bedeutet, daß die Reute der jungen Frau ein Nervenfieber bei ihr ausgelöst habe. Der Vater ist außer sich, die Mutter weint, die Tochter fiebert und der junge Reitlehrer wartet vor dem Hause des Mannes, der wider seinen Willen Schwiegervater wurde.

Sinrichtung von Menschenfressern. Am Runcesfluß in Französisch-Guinea erstreckt sich eine Sumpflandschaft, in welcher der Stamm der Landumans wohnt. Unter diesen gibt es noch Menschenfresser, die meinen, daß sie die Eigenschaften der Menschen, die sie verzehren, erwerben. Die Einaebornen wagen es nicht, die Menschenfresser anzuzeigen, weil sie glauben, daß sich die „Zauberer“ auch nach dem Tode an ihnen rächen können. Vor einigen Monaten verschwand in jener Gegend ein Kind. Ein Zollbeamter ließ es suchen und man fand es im Wald, außer sich vor Furcht. Es erzählte, es sei in der Gewalt der Zauberer, die es fressen wollten. Man suchte weiter und fand am Fuße eines Baumes, kaum unter Astwerk verborgen, ein großes Gefäß, das mit Menschenfleisch und menschlichen Gliedmaßen gefüllt war. Sechs Kannibalen wurden bald darauf verhaftet, darunter ein sechzigjähriger Mann, der bereits elf Personen getötet und verzehrt hatte, und eine siebzehnjährige Frau, die besonders gern Kinder gefressen hat, wie es scheint, um sich zu verjüngen. Die Menschenfresser wurden zum Tode verurteilt.

Unfruchtbarmachung von Verbrechern. Die auch in Europa in verschiedenen Ländern eifrig diskutierten Frage, ob man die Unfruchtbarmachung gewisser Kategorien von Verbrechern und geistig minderwertigen Personen gesetzlich genehmigen und festlegen sollte, beschäftigte den Senat des Staates New York, dem vom Senator Williams ein derartiges Gesetz vorgelegt worden war. Nach langer Diskussion wurde das Gesetz mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen.

„Wohin wollen wir denn?“ fragte sie in flüsternder Scheu.

„Wohin?“ Zählings blieb er stehen. Aus seinem Blick brach ein triumphierendes Licht. „Ins Glück hinein!“

Er sah den Wechsel der Farbe auf ihren Zügen, beugte sich ihr dichter zu mit dem herkommenden Laut in seiner Stimme und dem Siegerlächeln auf den Lippen.

„Hast du mich noch immer lieb, Adele, wie du mich vor zwei Stunden lieb gehabt? Und wäre dir das Scheiden noch immer schwer?“

Was war denn nur geschehen? Was hatte ihn so verändert? Und was stand hinter diesen Worten?

„Daß deine Augen lachen, Adele! Kein Scheiden mehr. Ewig ich und du! Du — meine Frau.“

Aber der auffauchende Laut, auf den er wartete, klang nicht. Ihre Fassungslosigkeit war Schrecken, fast Entsetzen. Außer sich wehrte sie sich gegen das Wort.

„Nein, o nein, das nicht... o nein! Nicht einmal daran denken... das nicht!“

Sie wollte ihren Arm aus dem seinen winden, er zwang sie nur fester an sich. Etwas Gewalttätiges begehrt in ihm auf. Wovor hatte sie denn Angst, wogegen wollte sie sich wehren? Sie sollte glücklich sein, der Liebe flammenden Ungebuld empfinden, so wie er. Glutender wehte es von ihm zu ihr.

„Wir beide Mann und Frau — was erschreckt dich daran so?“

„Alles, alles — weil das ja doch nicht sein kann und nicht sein darf, weil das ja doch unmöglich ist!“

„Reinst du's um meinen Stand? Der scheidet mich nicht länger von dir. Nichts scheidet uns beide mehr von einander als nur allein unser Wollen.“

Sie starrte ihn an, ein wirres Stammeln kam von ihren Lippen: „Dein Stand — um Gottes willen, was hast du um mich getan? Sag mir, was du getan hast!“

Er sagte es ihr mit kurzen Worten und sagte ihr auch das andere, das über ihn gekommen war, als seine Hand ohne ein letztes Zögern die Tür des väterlichen Hauses hinter sich schloß, des Hauses, in dem keiner einen Verlust gemacht, ihn zurückzuhalten —

„Ich verlasse noch in dieser Stunde die Stadt. Und du — komm mit mir — nach England. Die Nacht hindurch und noch einen Tag, dann sind wir in London. Und vierundzwanzig Stunden später bist du meine Frau. Bis dahin, das schwöre ich dir zu, wirst du mir heilig sein wie meine Schwester. Wirst alles hinter dich, wie ich alles von mir geworfen habe, und komm mit mir.“

Ganz stier war ihr Blick geworden. Was er ihr da sagte, das konnte ja doch nicht wahr sein! Ein Aufschluchzen stieg ihr aus der Seele heraus, ein verzweifeltes Sichwehren gegen ihn und gegen sich selber. —

„Nein! Um Gottes Barmherzigkeit willen, nein!“

„Nein — Adele?“ Seine Stimme liebteste nicht mehr, sie drohte fast. „Wie meinst du dein Nein?“

Sie fand keinen Laut mehr, fühlte nur noch, wie ihr ganzes Wesen, ihr Denken, all ihr Wille unterzugehen begann in dem seinen.

Noch einmal fragte, forderte er:

„Wie meinst du dein Nein? Ist's nur, weil das Unerwartete dich überwältigt und weil die Heimlichkeit des Schrittes dir bange macht? Oder fehlt dir das Vertrauen, deine Zukunft in meine Hände zu legen?“

„Nicht. Das ist es nicht!“ Leidenschaftlich schüttelte sie den Kopf. „Ich ging ja ohne Zaudern in Not und Tod mit dir,“ sagten ihm ihre Augen.

Er faßte ihre Hand, schritt langsam wieder dahin. „Was ist es denn? Widerstrebt's dir, ohne deiner Mutter Wissen mit mir davonzugehen, ehe nach altem Brauch die Hochzeit war?“

(Fortsetzung folgt.)